

Abwasser sorgt für böses Blut

Nunningen. Die Gebühren für Abwasser und Kehricht sorgen in Nunningen für rote Köpfe, wie der Gemeinderat feststellen musste. In seiner Sitzung hatte er eine Flut von Einsprachen zu behandeln. In der Mehrheit der Fälle blieb er hart: Fünf der sieben Eingaben lehnte er ohne Gegenstimme ab.

Keine Chancen hatten die Unzufriedenen, die am Prinzip der Bestimmungen rüttelten. Selbst wenn sie sich einiges einfallen liessen, um den Gemeinderat zu überzeugen. So stellte ein Nunniger die fixe Grundgebühren in seinem Fall als überrissen dar, da er häufig auswärts esse und als Coop-Kunde zumindest einen Teil des Abfalls beim Einkauf entsorgen könne. Folglich beanspruche er die Abwasserreinigungsanlage ebenso wie die Kehrichtentsorgung kaum, wie Gemeindepräsident Kuno Gasser rapportierte. Deshalb war der Mann nicht bereit, doppelt so hohe Gebühren zu zahlen wie vor einem Jahr, als noch das alte Abwasserreglement galt.

In dieselbe Kerbe schlug ein weiterer Nunniger. Für Abwasser, Wasser und Kehricht hätte die Gemeinde letztes Jahr 360 Franken von ihm verlangt, dieses Jahr fast doppelt so viel, ohne

dass er in den Genuss einer Gegenleistung käme. «Dieser Gebührenaufschlag ist unverhältnismässig», befand er. Die Einführung der Grundgebühr beim Abwasser würde gerade diejenigen Konsumenten bestrafen, die haushälterisch mit den Ressourcen umgingen. Beim Gemeinderat verfielen diese Argumente nicht. Er lehnte die beiden Einsprachen wie auch drei weitere klar ab. Wobei er sich auf das neue Abwasserreglement abstützte, das die Gemeindeversammlung samt Grundgebühren im Dezember genehmigt hat.

Teure Infrastruktur

Erweichen liess sich der Gemeinderat nur in zwei «Ausnahmefällen», wie Kuno Gasser sie nannte. Die Behörde erliess die Grundgebühr für separate Kleinwohnungen, die für längere Zeit leer stehen. Davon profitieren nun zwei Nunninger, die sich mit einer Einsprache zur Wehr gesetzt hatten. Der eine der beiden etwa hatte vor dreissig Jahren in einem Wohnraum in seinem Haus eine Kochnische eingerichtet, die seit langem nicht mehr genutzt wird. Warum er dafür Gebühren zahlen soll, sah er ebenso wenig ein, wie nun auch der Gemeinderat. Umstritten

war bei der Sitzung einzig, ob für den Erlass der Gebühren Jahr für Jahr ein Gesuch gestellt werden muss oder aber die Ausnahmeregelung solange gelten soll, bis die Wohnungen wieder genutzt werden. Für Letzteres sprach sich Gemeindeschreiber Reto Stebler aus, der vor einem Papierkrieg warnte. Die Mehrheit des Gemeinderates schloss sich dieser Meinung an. In der Abstimmung zog damit unter anderem Rainer Fringeli den Kürzeren, der dafür plädierte, das Verfahren jedes Jahr zu wiederholen. So habe die Gemeinde die Kontrolle über eine allfällige Umnutzung des Wohnraums.

Ein Grund für die Gebührenerhöhung ist die Infrastruktur. Die Gemeinde muss einen Fonds öffnen, der den Ersatz der Kanalisation garantieren soll, sobald diese ausgedient hat. Wie teuer das sein kann, hat der Bau des Hochwasserentlastungskanals (HEK) gezeigt, den die Gemeinde genutzt hat, um auch das Wasserleitungsnetz auf den neusten Stand zu bringen. Der HEK wird über zehn Millionen Franken kosten. Auch wenn er subventioniert wird, musste die Gemeinde Millionen Franken in die Kanalisation stecken. *Michael Rockenbach*